

Trotzdem kann die Kirche in Afrika vorläufig ihr abendländisches Gerüst nicht entbehren. Die Zeit drängt zu sehr, als daß man das Entstehen afrikanischer Formen in allen Bereichen ruhig abwarten könnte. Ganz besonders betrifft das die Organisation der Laien. Sie erfolgt ganz nach europäischem Muster in allen Formen der Katholischen Aktion und der sozialen Aktion. Christliche Gewerkschaften, JOC, Soziale Wochen, Christliche Landjugend werden ins Leben gerufen, arbeiten — und halten Tagungen ab. 1953 fand in Kisubi (Uganda) das erste afrikanische Treffen von Führern des Laienapostolats statt (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 158). Die JOC veranstaltete ihre erste panafrikanische Zusammenkunft im vergangenen September in Duala (Kamerun).

Im Dezember 1956 fand eine Soziale Woche in Kudugu (Obervolta) über das Thema „Wirtschaftliche Unterentwicklung“ statt, an dem vermutlich nur „weiße“ Afrikaner teilgenommen haben. Diese Strukturen sind im heutigen Augenblick für die Kirche ebenso unerlässlich wie gewisse politische Strukturen und das gesamte technische Gerüst für das öffentliche Leben. Es ist im politischen wie im kirchlichen Leben eine Aufgabe der Weisheit, vorsichtig den Übergang zu finden zu jener Freiheit und Eigenständigkeit, zu der es früher oder später kommen muß. Auf politischer Ebene haben die Schwarzen Französisch-Afrikas jedenfalls bisher eine Mäßigung geübt, die für alle Bereiche eine gute und gewaltlose Lösung hoffen läßt, zum Ruhm dieser so rasch in die Geschichte eintretenden und lang verkannten Rasse.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Der Ungarnbericht der Vereinten Nationen

Wie die Herder-Korrespondenz bereits gemeldet und kurz zusammengefaßt hat (vgl. ds. Jhg., S. 515), hat eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen einen Bericht über die Vorgänge, die Entstehung und die Folgen des Volksaufstandes in Ungarn und des Eingreifens der UdSSR im Spätherbst 1956 veröffentlicht. Die Kommission wurde durch einen Mehrheitsbeschluß der 636. Plenarsitzung der UN am 10. Januar 1957 ins Leben gerufen, wobei Ungarn, die UdSSR, der Generalsekretär der UN und alle Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, mit der Kommission in jeder Weise zusammenzuarbeiten. Die Kommission setzte sich aus Vertretern von Australien, Ceylon, Dänemark, Tunesien und Uruguay, also fünf unbeteiligten und unbefangenen Staaten, zusammen, von denen nur einer zu Europa zählt, während zwei der farbigen afrikanisch-asiatischen Völkerwelt angehören. Die fünf Staaten benannten angesehenen Diplomaten als ihre Delegierten, und zwar Keith C. O. Shann (Australien), R. S. S. Gunawardene (Ceylon), Alsing Andersen (Dänemark), Mongi Slim (Tunesien) und Professor Enrique Rodríguez Fabregat (Uruguay). Die Kommission wählte den Dänen Andersen zu ihrem Präsidenten, den Australier Shann (Botschafter in Manila) zum federführenden Berichterstatter. Die Kommission hat außerordentlich schnell und sachlich gearbeitet. Sie hat zwischen dem 17. Januar und dem 7. Juni 1957 in New York, Genf, Rom, Wien, London, wieder Genf und wieder New York nahezu siebzig Sitzungen abgehalten und dabei 111 Zeugen ausführlich einvernommen. Die Zeugen wurden vom Präsidenten und vom Berichterstatter unter den Flüchtlingen aus allen Bevölkerungsschichten und Landesteilen ausgewählt: Arbeiter, Techniker, Intellektuelle, Schriftsteller, Studenten, Ärzte, Krankenschwestern, Soldaten, Politiker. Es waren alle Konfessionen und alle politischen Richtungen, „Kommunisten wie Nichtkommunisten“, vertreten. Ein Zeuge war Stenograph bei der Sicherheitspolizei, mehrere waren ungarische Parlamentarier oder hatten im Kabinett Nagy Ministerrang. (Die ersten drei Zeugen haben noch in New York öffentlich ausgesagt: Anna Kethly, Außenministerin in der Regierung Nagy,

Bela Kiraly, Oberkommandierender der Nationalgarde, und Jozsef Kövago, Budapester Oberbürgermeister 1945—47 und in den ersten Novembertagen 1956.) Unaufgefordert haben sich mehr als 200 Ungarn schriftlich an die Kommission gewandt. Keiner der Zeugen hatte Ungarn vor Ende Oktober verlassen. Acht Zeugen waren schon in die UdSSR deportiert und sind von dort entflohen oder zurückgeschafft worden; ein Zeuge ist mehrmals nach Ungarn zurückgekehrt, um Familie und Freunde in den Westen zu bringen.

Die Kommission genoß die Unterstützung der Regierungen von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Österreich und den USA sowie des Internationalen Gerichtshofes im Haag, die Zeugenvernehmungen ermöglichten und eigene Memoranden vorlegten. Außer den mündlichen Zeugenaussagen wurden alle offiziellen Dokumente sowie die sowjetische und ungarische Presse und die ungarischen Rundfunksendungen vor, während und nach dem Aufstand mit herangezogen. Die Kommission hat keine Mühe gescheut, um ein umfassendes und unangreifbares Tatsachenmaterial vorzulegen.

Die Zeugen wurden von allen fünf Mitgliedern unter Anwesenheit von zwei juristischen Sachverständigen einvernommen und einem scharfen, oft Stunden andauernden Kreuzverhör unterworfen; viele legten zudem schriftliches Beweismaterial vor. Dadurch und durch den Vergleich der einzelnen Aussagen konnte die Glaubwürdigkeit eindeutig erhärtet werden. Von allen Zeugen stehen die Personalien fest.

Die Kommission hat mehrmals vergeblich versucht, die Unterstützung Ungarns und der UdSSR und die Erlaubnis zur Einreise nach Ungarn und zur Einvernahme von Imre Nagy in Rumänien zu bekommen. Der Bericht bedauert die ablehnende Haltung des Sowjetblocks, stellt aber fest: „Angesichts der umfassenden und detaillierten Dokumentationen und Zeugenaussagen, über die sie verfügen konnte, ist es die Auffassung der Kommission, daß die Angaben, die von den Regierungen der UdSSR und Ungarns hätten gemacht werden können, die wesentlichen Schlußfolgerungen der Kommission hinsichtlich des in Ungarn Vorgefallenen nicht verändert hätten.“

Aus den 2000 Seiten Tatsachenmaterial und Zeugenaussagen, die von der Kommission gesammelt worden waren, wurde von den Mitgliedern ein Bericht zusammengestellt, der in der letzten Sitzung am 7. Juni 1957 gebilligt worden ist, und zwar — das verdient hervorgehoben zu werden — einstimmig durch die Vertreter aller fünf Staaten. Der Bericht wurde am 12. Juni ausgegeben und am 20. Juni veröffentlicht. Er liegt vorläufig in englischer Sprache vervielfältigt in zwei Bänden von 180 und 219 Seiten vor und soll später auch gedruckt und in deutscher Sprache erscheinen (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bad Godesberg, Moltkestraße 76). Unter allen bisherigen UN-Publikationen hat dieser Bericht die weitaus höchste Auflage erreicht; bis zum 9. August waren es bereits 80 000 Exemplare, wobei aber die meisten Übersetzungen erst folgten.

Was alle Welt wußte

„Der Bericht beweist, was die Welt seit langem wußte.“ Wenn wir das Dokument im folgenden dennoch ausführlich zusammenfassen, so ist es wegen der Gefahr, daß das, was vor zehn Monaten die halbe Menschheit in Angst und Schrecken, in Hamsterkäufe und vorübergehende Gewissensforschung versetzt hat, schon wenige Monate später der Vergessenheit anheimfällt und daß die Welt über den Blutzoll eines tapferen kleinen Volkes wieder zur Tagesordnung der „Realpolitik“ und „Koexistenz“ übergeht. Der nüchterne Bericht eines über alle Machtpolitik erhabenen Gremiums mag uns zeigen, unter welchen Bedingungen ein großer Teil der heutigen Menschheit lebt und was Freiheit und Menschenwürde wert sind.

Das klar gegliederte Dokument umfaßt 785 Paragraphen und ist unterteilt in drei Teile und 17 Kapitel. Teil A behandelt das „militärische Eingreifen der Sowjets und seinen politischen Hintergrund“, Teil B die „Folgen der ausgeübten oder angedrohten Gewaltanwendung für die politische Unabhängigkeit Ungarns“, Teil C „besondere Gewaltakte in der Verletzung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten“.

Kapitel II gibt zunächst einen Abriss der Ereignisse. Diese 17 Seiten sind das Faktengerippe, das in den folgenden Kapiteln mit allen Einzelheiten blutiger Tragik umgeben wird. Zusammenfassende Darstellungen und wörtliche Zitate aus dem Bericht mögen unseren Lesern den Ablauf in Erinnerung bringen.

1949 Ungarn wird Volksdemokratie, „freie Rede und individuelle Freiheit hören auf zu existieren, willkürliche Einkerkelung wird üblich“.

März—Juni 1956 Parteisekretär Matyas Rakosi muß die ungerechtfertigte Hinrichtung des ehemaligen Außenministers Rajk im Juni 1949 zugeben, wird von Ernö Gerö abgelöst. Das Eingeständnis, daß das Regime Verbrechen begangen hat, und der Wechsel in der Machtspitze wühlen das Volk auf.

Sommer 1956 Schriftsteller im Petöfi-Club und junge kommunistische Intellektuelle in der Staatsjugend DISZ üben Kritik am Regime.

19. Oktober 1956 Forderungen der Studentenschaft zur Abschaffung des russischen Pflichtunterrichts werden von Erziehungsminister Albert Konya gebilligt; „Nachrichten von der polnischen Bewegung für größere Unabhängigkeit von der UdSSR werden mit Begeisterung aufgenommen“.

20.—21. Oktober „In Zahony an der ungarisch-sowjetischen Grenze werden schwimmende Brücken aufgebaut . . ., in Urlaub befindliche Sowjetoffiziere in den Nachbargebieten Rumäniens zurückgerufen.“

22. Oktober „Sowjetische Truppen werden in Westungarn in Bewegung gesetzt, um Budapest zu beobachten.“ Studentenversammlungen in Budapest; Annahme von 16 Forderungen, u. a. Rückzug der Sowjettruppen, neue Regierung unter Nagy, freie Wahlen, Redefreiheit, Wiederzulassung der politischen Parteien, durchgreifende Besserstellung für Arbeiter und Bauern. Beschluß einer Sympathiekundgebung für Polen am folgenden Tag.

Die ungarische Sicherheitspolizei eröffnet das Feuer

23. Oktober „Forderungen der Studenten in ganz Budapest bekannt, . . . Atmosphäre der Erregung und Hoffnung . . . Tausende von jungen Menschen nehmen an der Demonstration teil, Studenten, Fabrikarbeiter, Soldaten in Uniform u. a.“; Proklamation der Studentenforderungen und eines Manifests der Schriftstellervereinigung. Beim Parlamentsgebäude versammeln sich gegen 18 Uhr zwischen 200 000 und 300 000 Menschen und rufen nach Imre Nagy, der sich schließlich kurz auf dem Balkon zeigt. Eine schon lange vorher für 20 Uhr angekündigte Rundfunkansprache Gerös hat einen drohenden Ton und macht keine Konzessionen. Um 21.30 Uhr wird das Stalin-Denkmal gestürzt. Kurz nach 21 Uhr wirft die Staatssicherheitspolizei (AVH) Tränengasbomben in die Menge vor dem Rundfunkgebäude und eröffnet das Feuer. In Ambulanzautos mit dem Roten Kreuz kommen weitere AVH-Polizisten, als Ärzte verkleidet. Nun erst wird die Menge handgreiflich und erbeutet die ersten Waffen. Telephonisch verständigte Arbeiter aus Csepel, Ujpest und anderen Industriebezirken kommen mit Lastautos nach Budapest und erhalten Waffen von Soldaten und Polizisten oder aus Waffenlagern und Waffenfabriken. Nach 23 Uhr Feuergefecht um das Rundfunkgebäude und mehrere Zeitungsgebäude.

24. Oktober „Gegen 2 Uhr erscheinen die ersten sowjetischen Panzer und treten bald in Aktion.“ Gegen 8.45 Uhr nennt Radio Budapest Imre Nagy als neuen Kabinettschef, um 9 Uhr meldet der Sender ohne nähere Angaben, daß die Regierung „um Hilfe bei den in Ungarn stationierten Sowjettruppen nachgesucht hat“.

„Die ersten Schüsse am Rundfunkgebäude kennzeichneten den Beginn einer erbitterten fünftägigen Schlacht, in der sich das Volk von Budapest im Kampf mit der Sowjetmacht und der AVH befand. Die gewöhnliche Polizei sympathisierte mit den Aufständischen, indem sie ihnen Waffen gab oder an ihrer Seite kämpfte. Gewisse Einheiten der ungarischen Armee kämpften auf Seiten der Aufständischen, während die Armee als Ganzes mit dem Beginn des Aufstandes auseinanderfiel . . . Die Freiheitskämpfer, von denen die meisten Arbeiter und ein Teil Studenten waren, kämpften in kleinen Gruppen . . . Eine häufige Waffe gegen die russischen Panzer war der ‚Molotow-Cocktail‘, eine lose verkorkte Flasche mit Zündschnur und Benzin, die beim Auftreffen am Panzer explodierte . . . Die motorisierten Sowjetstreitkräfte waren auch durch ungenügenden Infanterienachschub und mangelnde Verpflegungslieferungen gehindert . . . Es war augenscheinlich, daß einige der russischen Soldaten mit Widerwillen an die ihnen übertragene Aufgabe herangingen. Diejenigen, die einige Zeit in Ungarn verbracht

hatten, hatten oft freundschaftliche Beziehungen mit dem Volk angeknüpft.“

„Die Revolutionsräte übernahmen die verschiedenen Verantwortlichkeiten der lokalen Regierung; es gab auch Revolutionsräte oder -kommissionen in der Armee, in Regierungsämtern, Berufsverbänden, im Radio und der Telegraphen-Agentur. Die Mitglieder der Räte wurden üblicherweise auf einer Versammlung der Beteiligten gewählt; sie waren als Vorbereitung zur Aufrichtung eines echten demokratischen Regierungssystems gedacht.“

25. Oktober Sowjetische Panzer vor dem Parlamentsgebäude eröffnen zur Unterstützung der AVH das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten; das „verbitterte das Volk gewaltig und entzog Nagy, dessen Rolle bei der angeblichen Aufforderung an die Sowjettruppen dunkel blieb, die Sympathien. Dieses Massaker, bei dem viele Leute ihr Leben verloren, schockierte die Nation.“

Gerő wird durch Kadar ersetzt und flieht ebenso wie der stellvertretende Ministerpräsident Andras Hegedüs in sowjetische Sicherheit. Nagy bildet eine neue Regierung aus Kommunisten und Nichtkommunisten.

28. Oktober „Die Regierung Nagy verfügt Feuereinstellung.“

29. Oktober „Nagy muß den entscheidenden Schritt tun und die AVH abschaffen.“ Die Sowjettruppen ziehen sich aus Budapest zurück und behalten nur mehr Schlüsselpositionen unter Kontrolle.

30. Oktober Das Kabinett beseitigt „zur Verhütung weiteren Blutvergießens“ das Ein-Parteien-System und nimmt Mitglieder der Kleinlandwirte- und der Bauernpartei in das Innere Kabinett auf. Die Feuereinstellung hat sich überall durchgesetzt. Nagy gibt eine Verlautbarung heraus, wonach er um die sowjetische Intervention nicht nachgesucht und ein solches Ansuchen auch nicht nachträglich gebilligt habe; „er genießt sofort wieder die alte Popularität“. „Allgemeines Wohlgefühl und Atmosphäre der Hoffnung“, die Bevölkerung beginnt mit der Trümmerbeseitigung und erwartet Verhandlungen mit den Sowjets über den vollständigen Rückzug sowie eine Wiederaufnahme der Arbeit ab Montag, 5. November.

Hinhaltende Verhandlungen — Anschlag auf die ungarische Delegation

1. November Nagy teilt dem sowjetischen Botschafter am Morgen mit, daß der Einmarsch sowjetischer Truppen „eine Verletzung des Warschauer Abkommens darstelle und daß die ungarische Regierung dieses Abkommen kündigen werde, wenn die Verstärkungen nicht zurückgezogen würden“. Einige Stunden später stellt der sowjetische Botschafter fest, daß „die sowjetische Regierung über einen teilweisen Rückzug der sowjetischen Truppen zu verhandeln bereit sei, und schlägt vor, daß zur Besprechung der damit verbundenen technischen und politischen Fragen zwei Kommissionen gebildet werden“. Um 14.00 Uhr kündigt Nagy telephonisch den Warschauer Pakt, weil weitere Sowjettruppen in den zurückliegenden Stunden die Grenze überschritten haben. Der Ministerrat einschließlich Kadar billigt um 16 Uhr diesen Entschluß, erläßt eine Neutralitätserklärung und informiert um 17 Uhr den sowjetischen Botschafter und mehrere andere ausländische Missionschefs von diesen Entschlüssen. Um 19.54 Uhr gibt Nagy über den Rundfunk die Neutralitätserklärung bekannt; die Botschaft endet mit den Worten: „Wir appellieren an unsere Nachbarn, an die Länder

nah und fern, den unabänderlichen Entschluß unseres Volkes zu respektieren. Es ist wahr, daß unser Volk in diesem Entschluß so einig ist wie vielleicht nie zuvor in seiner Geschichte. Ihr Millionen Schaffende Ungarns! Schützt und stärkt mit revolutionärer Entschiedenheit, opferbereiter Arbeit und Wiederaufrichtung der Ordnung unser Land — das freie, unabhängige, demokratische und neutrale Ungarn!“

Kadar, Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, verliest um 21.50 Uhr eine Botschaft über Radio Budapest, er spricht von dem Aufstand, bei dem „die kommunistischen Schriftsteller, Journalisten, Universitätsstudenten, die Jugend des Petöfi-Klubs, Tausende von Arbeitern und Bauern, die alten Kämpfer, die unter falschen Beschuldigungen eingekerkert worden waren, in der vordersten Linie gegen Rakosi-Despotismus und politisches Rowdytum kämpften.“ Die Partei, bereit zur Erneuerung, wolle die Sache des Sozialismus und der Demokratie verteidigen, „nicht durch sklavische Imitation fremder Beispiele, sondern durch einen Weg, der der wirtschaftlichen und geschichtlichen Eigenheit unseres Landes angepaßt ist“. „Wir wollen nicht mehr länger abhängig sein, wir wollen nicht, daß unser Land ein Schlachtfeld wird.“

3. November Erneute Umbildung der Regierung nach dem Muster von 1945, je drei Ministersitze für die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Kleinlandwirte, zwei für die Petöfi-Partei. „Der am meisten gefeierte politische Gefangene, der seine Freiheit wiedererlangte, war Kardinal Mindszenty, der nach Budapest zurückkehrte und über den Rundfunk zur Nation sprach.“ Während die Sowjets Truppen zusammenziehen, dauern die Verhandlungen über den Rückzug der Sowjettruppen an. Es scheint nur mehr an einigen technischen Details zu hängen. Eine Delegation aus zwei ungarischen Ministern und zwei hohen Militärs wird eingeladen, diese letzten Einzelheiten in der sowjetischen Militärkommandantur in Tököl bei Budapest um 22 Uhr zu regeln. Zu Ehren der Delegation wird in Tököl ein Bankett abgehalten. „Es ist kurz vor Mitternacht, als die Gesellschaft durch die Ankunft des Generals Serow, des Chefs der sowjetischen Sicherheitspolizei, unterbrochen wird, der in Begleitung von NKWD-Offizieren den Raum betritt und die Festnahme der ungarischen Delegation befiehlt.“

„Nach den Schätzungen befanden sich am 3. November rund 2500 sowjetische Panzer und 1000 Nachschubfahrzeuge in Ungarn. Nagy gab jedoch ausdrückliche Anweisungen, das Feuer auf die russischen Truppen nicht zu eröffnen. Diese Anweisungen blieben unverändert, bis Nachrichten einliefen, daß Kadar eine andere Regierung gebildet habe.“

4. November Um 5.20 Uhr gibt Nagy über Radio Budapest bekannt, daß sowjetische Truppen die Hauptstadt angegriffen haben, „mit der unverkennbaren Absicht, die legale, demokratische ungarische Regierung zu stürzen“. Er erklärt, daß die Regierung auf ihrem Posten sei und daß die ungarischen Truppen im Kampf stünden.

„Die ungarische Armee, die Nationalgarde und Gruppen von Freiheitskämpfern, meist nur mit leichten Waffen ausgerüstet, kämpfen Seite an Seite gegen die vorrückenden Panzer. Kurz nach 8 Uhr sendet Radio Budapest seine letzte Botschaft; es ist ein Appell an die Schriftsteller und Wissenschaftler der Welt, dem ungarischen Volk zu helfen. Mittlerweile hatten bewaffnete Sowjeteinheiten den

Schutzgürtel Budapests durchbrochen und haben die Donaubrücken, das Parlamentsgebäude und die zentrale Telephonvermittlung unter Kontrolle.“

Niederknüppelung des Volkswillens

Von da ab konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Aufstand des ungarischen Volkes im Blut erstickt war. Vom sowjetischen Wortbruch bei den diplomatischen Verhandlungen mit der ungarischen Regierungsdelegation führt ein gerader Weg zur Wiederaufrichtung des AVH-Regimes mit Kadar als Strohhalm, zu den Deportationen ungarischer Freiheitskämpfer, zur Verhaftung Nagys und anderer führender Ungarn mit 15 Frauen und 17 Kindern aus dem diplomatischen Gewahrsam in der jugoslawischen Botschaft und zu den bis heute andauernden Justizmorden der neuen ungarischen Regierung.

Für die Aufgabe der UN-Kommission, nämlich die Berechtigung der sowjetischen Intervention zu untersuchen, sind die Tage zwischen dem 19. Oktober und dem 4. November der entscheidende Zeitraum.

An den Tatbestand des 4. November geht der Bericht mit den Normen des internationalen Staatsrechts und Völkerrechts heran und stellt fest: „Es besteht kein Anhaltspunkt für die Vermutung, daß irgendeine ungarische Gruppe gegen die Tätigkeit Nagys opponierte, der in den meisten Fällen nur das wiedergab, was die Revolutions- und Arbeiterräte seit dem Beginn des Aufstandes verlangt hatten. Aller Augenschein zeigt, daß allein die Sowjettruppen gegen die Ungarn kämpften. Mit Ausnahme früherer Mitglieder der AVH und einer kleinen Zahl von früheren Parteifunktionären kämpften keine Ungarn, weder organisiert noch unorganisiert, auf russischer Seite.“ Das heißt also: Die Regierung Nagys war zum entscheidenden Zeitpunkt der legitime Inhaber der Staatsgewalt; sie befand sich im Einklang mit dem Willen des Volkes. Das Eingreifen der Sowjets war nicht die Unterstützung der „fortschrittlichen demokratischen Kräfte“ gegen eine „Konterrevolution“, denn keine der politischen Gruppen beabsichtigte (wie insbesondere das spätere Kapitel 12 zeigt), die sozialen Errungenschaften der kommunistischen Revolution zu beseitigen. Die sowjetische Intervention war der massive militärische Angriff eines Staates auf einen anderen, ein Akt des panbolschewistischen Imperialismus und Kolonialismus.

Der Bericht fährt an dieser Stelle noch fort: „Ein großer Teil der für die zweite Intervention neu nach Ungarn gebrachten Sowjettruppen kam aus entfernten Gebieten Zentralasiens. Viele glaubten, daß sie in Ägypten seien, um gegen die englisch-französischen ‚Imperialisten‘ zu kämpfen. Es scheint, daß die Sowjetführer mehr Vertrauen in Truppen setzten, die noch keine Gelegenheit gehabt hatten, durch Verbindungen mit Europäern belastet zu sein, und von denen man annehmen konnte, daß sie sich gegenüber der Haltung des ungarischen Volkes indifferent zeigen würden.“

Sowjetische Interpretation — Kardinal Mindszenty

Was zunächst auf den ersten Seiten des Berichts in knappen Zügen chronologisch dargestellt wurde, erfährt in den folgenden vierzehn Kapiteln eine systematische Analyse unter den verschiedenen Gesichtspunkten, mit denen man den Vorgängen in Ungarn gegenüber treten kann. Botschaften, Manifeste und amtliche Dokumente sind je-

weils im Anhang im Original beigelegt. Wir müssen es uns aus Raumgründen versagen, auf diese Details einzugehen, und uns auf eine Inhaltsangabe mit einigen wenigen Zitaten beschränken.

Kapitel 2 gibt die Auffassungen der UdSSR und des Kadar-Regimes über die Ereignisse wieder, insbesondere an Hand des ungarischen Weißbuches „Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn“, des ungarischen Memorandums an die UN vom 4. 2. 57 und verschiedener Pravda-Artikel. Der damalige sowjetische Außenminister Schepilow hatte am 22. November 1956 vor der UN-Vollversammlung erklärt: „Zum erstenmal seit der Niederwerfung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg ist die Welt Zeuge eines offenen Versuchs der faschistischen Untergrundkräfte geworden, mit den Mitteln eines bewaffneten Kampfes die Kräfte der Demokratie herauszufordern und eine Rückkehr an die Macht zu bewirken.“ Ähnlich lautet der Kernpunkt im ungarischen Weißbuch: „Die Anstifter und Organisatoren des bewaffneten Aufstandes waren ausländische Agenten, Horthy-Emigranten und Führer von Untergrundorganisationen des Landes, die bei den Massendemonstrationen eine organisierte Rolle spielten und dabei immer mehr die Führung an sich rissen... Nach dem 29. Oktober wurde das Ziel der konterrevolutionären Rebellen immer klarer: nämlich das sozialistische Volksregime zu stürzen und die Einflußsphäre des westlichen Kapitalismus über Ungarn auszudehnen, mit anderen Worten: die bourgeoise Restauration.“ Der Bericht betont, daß die sowjetisch-ungarische Interpretation im Widerspruch zu allem Beweismaterial steht (§§ 93, 95, 149). Hinsichtlich den ungarischen Vorwürfen gegenüber Radio Freies Europa stellt der Bericht fest: „Die Zuhörer hatten das Gefühl, daß Radio Freies Europa Hilfe versprach, aber die Zeugen brachten klar zum Ausdruck, daß es keinen Anlaß zu der Erwartung *militärischer* Hilfe gab.“ Der Bericht empfiehlt für internationale Rundfunksendungen „größtmögliche Zurückhaltung und Umsicht“ (§§ 130/131).

§ 137 nennt die sowjetisch-ungarischen Beschuldigungen gegenüber Kardinal *Mindszenty* (vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 133 ff.). Das ungarische Weißbuch behauptete, daß der Kardinal „keine Zeit verlor, um sich wieder einzumischen“, und daß er in seiner Rundfunkansprache am 3. November „ungeachtet aller Zurückhaltung offen die Ziele der Gegenrevolution darlegte“; das Weißbuch nannte seine Bemerkungen „nichts weniger als die Proklamation eines allgemeinen Kreuzzuges gegen die Anhänger der proletarischen Herrschaft“. Der Bericht geht bedauerlicherweise auf diese Vorwürfe nicht näher ein, sondern zitiert lediglich die spätere Äußerung des Kardinals gegenüber einem Ohrenzeugen, daß er „nicht die Absicht gehabt habe, die Rückgabe der großen Kirchengüter zu beanspruchen, sondern nur die Wiedereröffnung der katholischen Schulen fordern wollte“ (§ 140).

„Wir wollten Freiheit“

Kapitel 4 beschreibt im einzelnen die erste sowjetische Militärintervention (24. 10. — 3. 11.) und den großenteils erfolgreichen Widerstand des ungarischen Volkes, Kapitel 5 in gleicher Weise die zweite Intervention (ab 4. 11.). „Entgegen den Versicherungen sowjetischer Politiker bestand ein genau ausgearbeiteter Plan für die Rück-

eroberung und militärische Unterjochung Ungarns. Dieser Plan wurde auch tatsächlich in vollem Umfang ausgeführt“ (§ 215).

Die Kapitel 6 und 7 behandeln die *politischen* Gründe für die erste und zweite Intervention, insbesondere die Lage Nagys und dann Kadars sowie die zwei Aufforderungen zu militärischer Hilfe, die angeblich an die sowjetischen Behörden gerichtet wurden. Kapitel 8 analysiert die internationalen Bindungen Ungarns im Sowjetblock.

Kapitel 9 ist den „Hintergründen und Zielen des Aufstands“ gewidmet. Es analysiert die verschiedenen Klagen, Proteste und Forderungen einzelner Gruppen vor und während des Aufstands und zeigt, daß sich der Aufstand *spontan* auf die *gesamte* Bevölkerung erstreckte. Zwei Zeugen werden wörtlich zitiert. Ein Philosophieprofessor erklärte dem Ausschuß: „Es ist einzigartig in unserer Geschichte, daß eine ungarische Revolution keine Führer hatte. Sie war nicht organisiert, und sie war nicht zentral geleitet. Der Wille zur Freiheit war die treibende Kraft bei allen Aktionen. Am Anfang der Revolution hatten sogar Kommunisten die fast ausschließliche Führungsrolle“ (§ 396). Eine 18jährige Studentin sagte: „Wir wollten Freiheit und nicht ein gutes, komfortables Leben. Auch wenn wir doch hätten hungern und darben müssen, wollten wir Freiheit. Wir, die Jugend, waren besonders schlimm dran, weil wir unter Lügen aufgezogen wurden. Wir mußten ständig lügen. Wir konnten keinen gesunden Gedanken fassen, weil alles in uns erstickt war. Wir wollten Gedankenfreiheit . . .“ (§ 392).

Kapitel 10 behandelt die Studentendemonstrationen Ende Oktober und den Beginn des bewaffneten Konflikts. Der auslösende Faktor sei die Feuereröffnung der AVH und wenige Stunden später das Eingreifen sowjetischer Panzer gewesen; erst dadurch wurden das ungarische Volk gegen das Regime geeint und die zunächst friedlichen Bestrebungen in einen bewaffneten Konflikt verwandelt.

Kapitel 11 untersucht die für die Volkserhebung charakteristischen *Revolutions- und Arbeiterräte*, die die örtliche Verwaltung übernahmen, einen demokratischen Staatsaufbau vorbereiteten und noch einige Zeit bei den Streikaktionen eine Rolle spielten, bis ihre Macht unter dem neuen Kadar-Regime völlig gebrochen wurde. „Die Kommission schließt aus der Untersuchung der Revolutionsräte (. . . und ebenso der Arbeiterräte), daß sie aus einer spontanen, die ganze Nation umfassenden Bewegung entstanden, um das Recht des ungarischen Volkes geltend zu machen, sein Leben und seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen“ (§ 560).

Kapitel 12 schildert die Wiederherstellung politischer Freiheitsrechte in den wenigen Tagen des Kabinetts Nagy, Kapitel 13 und 14 deren erneute Abschaffung durch die sowjetische Intervention und das gegenwärtige Regime.

Teil C umfaßt noch drei Kapitel. Kapitel 15 behandelt die umstrittenen *Deportationen*. Die Kommission ist nach anfänglichen Zweifeln zu der nachweislichen Überzeugung gekommen (endgültig durch sieben Männer und ein junges Mädchen, die in sowjetischen Gefängnissen waren), daß solche Verschleppungen tatsächlich in „beträchtlichem Umfang“ vorgenommen wurden und daß sich ein Teil der Deportierten noch auf sowjetischem Gebiet befindet. Zahlreiche schriftliche Botschaften wurden aus den Deportationszügen abgeworfen und erreich-

ten ihre Adressaten. Wegen des schwierigen Bahntransports setzten die Sowjets schließlich auch große Lastkraftwagen ein. „Die Behandlung in den sowjetischen Gefängnissen war im allgemeinen besser als in den ungarischen . . . Die russischen Wachen, von denen viele ungarisch sprachen, zeigten Sympathie und Freundschaft für die Gefangenen“ (§ 732).

Kapitel 16 handelt zunächst von der Verletzung der Genfer Konventionen über den Status kriegführender Mächte und geht dann zur Praxis der Standgerichte, der AVH und deren „perfekten Typen von Folterkammern“ über. Hier folgen einige erschütternde Zeugenaussagen im Wortlaut. „Die Kommission war zutiefst schockiert von dem, was sie von den Zeugen über die Quälereien des ungarischen Volkes durch die AVH erfuhr“ (§ 768).

Die Folgerungen der UN-Kommission

„Der Bericht selbst umfaßt die Schlußfolgerungen der Kommission“, heißt es in § 785, Kapitel 17. Es schein aber angemessen, die Schlußfolgerungen aus dem gesamten Beweismaterial nochmals zusammenzufassen. „Nach bester Überzeugung des Ausschusses geben diese Schlußfolgerungen die wesentlichen Fakten des ungarischen Aufstandes wieder, die für ein Verständnis seines Wesens und seines Ausgangs nötig sind.“ Die Schlußfolgerungen lauten:

„1. Was im Oktober und November 1956 in Ungarn stattfand, war eine spontane nationale Erhebung, verursacht durch seit langer Zeit bestehende Mißstände, die im Volke Verärgerung hervorgerufen hatten. Einer dieser Mißstände war der untergeordnete Status Ungarns gegenüber der Sowjetunion. Das Regierungssystem wurde zum Teil durch die Waffe der Terrors aufrechterhalten, mit der die AVH, die politische Polizei, operierte, deren Einfluß zumindest bis zum Ende des Jahres 1955 vermittels eines komplizierten Netzwerkes von Agenten und Informanten die gesamte ungarische Gesellschaft durchzog. Auch in vielen anderen Bereichen nahm man den sowjetischen Druck mit Verbitterung auf. Von der Unterdrückung der Redefreiheit bis zur Einführung einer Uniform nach sowjetischem Muster für die ungarische Armee durchsetzte fremder Einfluß sämtliche Lebensgebiete. Die Ungarn hegten keinen persönlichen Groll gegenüber den einzelnen sowjetischen Soldaten auf ungarischem Boden, doch waren diese bewaffneten Streitkräfte Symbol für etwas, was ein stolzes Volk verärgerte und das Verlangen nach Freiheit nährte.

2. Die These, daß die Erhebung durch reaktionäre Kreise in Ungarn angestiftet worden sei und daß sie ihre Stärke aus solchen Kreisen und von westlichen ‚Imperialisten‘ bezogen habe, konnte der Prüfung durch den Ausschuß nicht standhalten. Vom Anfang bis zum Ende ist der Aufstand von Studenten, Arbeitern, Soldaten und Intellektuellen geführt worden, von denen viele Kommunisten oder ehemalige Kommunisten waren.

Die Mehrzahl der politischen Forderungen, die während der Revolution aufgestellt wurden, enthielten die Bedingung, daß der demokratische Sozialismus die Basis für die politische Struktur in Ungarn sein müsse und daß soziale Errungenschaften wie die Bodenreform geschützt bleiben müßten. Zu keiner Zeit wurde die Forderung erhoben, daß irgendeine mit der Vorkriegszeit assoziierte Persönlichkeit an die Macht oder an die Regierung zurückkehren solle. Selbst schwerbewaffneten ‚Faschisten‘

und ‚Saboteuren‘ wäre es nicht gelungen, auf ungarischen Flugplätzen zu landen, die unter sowjetischer Überwachung standen, oder die österreichische Grenze zu überschreiten, wo den Militärattachés von Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durch die österreichischen Behörden eine Sperrzone nachgewiesen wurde.

3. Der Aufstand war nicht im voraus geplant. Die gesamten Aussagen der vom Ausschuß verhörten Zeugen lauteten dahingehend, daß die Ereignisse alle Beteiligten überrascht haben. Es gibt keine alleingültige Erklärung dafür, warum der Aufstand gerade zu dem Zeitpunkt ausbrach, an dem dies der Fall war. Kommunistische Sprecher, Herr Kadar und die Mitglieder seiner gegenwärtigen Regierung eingeschlossen, haben die bitteren Beschwerden des ungarischen Volkes vor dem 23. Oktober anerkannt. Sie haben von einer ‚umfassenden Volksbewegung‘ gesprochen, hervorgerufen durch die ‚Verbitterung und Entrüstung‘ der Massen. Zwei Faktoren scheinen diese Empörung zu einer Krise gebracht zu haben. Der erste dieser Faktoren waren die am 19. Oktober einlaufenden Nachrichten über erfolgreiche Bemühungen Polens um größere Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Diese Nachrichten waren in hohem Maße der Anlaß für das Zusammenströmen der ungarischen Studenten in den Treffen vom 22. Oktober. Der zweite Faktor war die tiefe Enttäuschung, die das Volk empfand, als Ernő Gerő, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Arbeiterpartei, in seiner Rede am Abend des 23. Oktober es unterließ, irgendwelche Forderungen des Volkes zu erfüllen, und seinen Zuhörern gegenüber einen Ton anschlug, der als drohend empfunden wurde.

4. Obwohl keinerlei Beweise für eine vorherige Planung vorliegen und obwohl der gesamte Verlauf der Erhebung den Stempel fortwährender Improvisation trägt, scheint es, daß die sowjetischen Behörden bereits am 20. Oktober Schritte unternommen haben, um eine bewaffnete Intervention in Ungarn zu ermöglichen. Es liegen Beweise für Truppenbewegungen oder geplante Truppenbewegungen von diesem Datum an vor. Es scheint deshalb, daß Aktionspläne bereits ausgearbeitet worden waren, einige Zeit bevor die Studenten zusammentrafen, um ihre Forderungen zu diskutieren. Der Ausschuß vermag nicht zu sagen, ob die sowjetischen Behörden voraussahen, daß die Verärgerung des ungarischen Volkes, angereizt durch die Ereignisse in Polen, nicht länger im Zaum gehalten werden konnte. Anzeichen einer Opposition waren bereits vor dem 23. Oktober deutlich sichtbar. Die ungarische Regierung hatte Grund zu der Annahme, daß sich Schwierigkeiten zusammenbrauten. Während Beweise dafür vorliegen, daß die sowjetischen Truppen von außerhalb Ungarns bereits bei der ersten Intervention eingesetzt wurden, enthält der Warschauer Vertrag keinerlei Klausel, die eine Intervention von Streitkräften der Sowjetunion vorsieht, um politische Entwicklungen innerhalb der Grenzen eines der Unterzeichnerstaaten zu diktieren.

5. Die Demonstrationen am 23. Oktober waren zunächst vollkommen friedlich. Keiner der Demonstranten scheint Waffen getragen zu haben, und keinerlei Beweise sind dafür gefunden worden, daß einer derjenigen, die politische Forderungen erhoben oder sich den Demonstranten anschlossen, ein gewaltsames Vorgehen beabsichtigte.

Die Enttäuschung über Herrn Gerös Rede mag zwar die Massen erzürnt haben, doch hätte dies allein kaum genügt, um die Demonstration in eine bewaffnete Erhebung umzuwandeln. Daß dies geschah, ist dem Vorgehen der AVH zuzuschreiben, die auf die Leute vor dem Rundfunkgebäude das Feuer eröffnete. Innerhalb weniger Stunden traten sowjetische Panzer gegen die Ungarn in Aktion. Dieses Erscheinen russischer Soldaten in seiner Mitte, nicht als freundliche Verbündete, sondern als Feinde im Kampf, bewirkte einen noch festeren Zusammenschluß der Bevölkerung.

Die Rolle Nagys

6. Dunkelheit umgibt die Einladung, die angeblich von der ungarischen Regierung an die sowjetischen Behörden ergangen ist, ihnen bei der Unterdrückung der Erhebung mit Gewalt zu helfen. Herr Nagy hat — was völlig glaubwürdig erscheint — bestritten, daß er diese Einladung ausgesprochen oder auch nur davon Kenntnis gehabt habe. Da die sowjetischen Panzer am 24. Oktober gegen 2 Uhr in den Straßen von Budapest erschienen, wäre es ihm unmöglich gewesen, den sowjetischen Behörden irgendeine offizielle Botschaft zugehen zu lassen, da er zu der Zeit, als die Panzer ihre Befehle erhalten haben müssen, keinen Regierungsposten innehatte. Eine Aufforderung kann privat vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Gerő, oder von Ministerpräsident Hegedüs ausgesprochen worden sein. Der Ausschuß hatte jedoch keine Gelegenheit, den Text einer derartigen Aufforderung einzusehen oder die genauen Umstände zu untersuchen, unter denen sie ergangen sein kann. Bis weitere Informationen bekannt werden, empfiehlt es sich, ein Urteil darüber aufzuschieben, ob eine derartige Aufforderung überhaupt ergangen ist.

Ähnliche Überlegungen treffen auch für die Aufforderung zu, die vor der zweiten Intervention, am 4. November, an die sowjetische Regierung gerichtet worden sein soll. Kadar war Mitglied der Regierung Nagy geblieben, als diese am 3. November neu gebildet wurde, und der Ausschuß besitzt keine Kenntnis darüber, daß er irgendeine fixierte Andeutung über seine Mißbilligung der Politik Nagys gemacht hat. Kadars Tätigkeit zu dieser Zeit ist nicht völlig bekannt, und die Richtigkeit seiner eigenen Behauptung, er habe die Sowjets im Namen der Regierung zu Hilfe gerufen, kann nicht als erwiesen gelten. Jedenfalls besteht eine Fülle von Anhaltspunkten dafür, daß die sowjetischen Vorbereitungen einer weiteren Intervention, einschließlich der Verlegung von Waffen und Truppen von außerhalb, seit den letzten Oktobertagen im Gange waren. Kadar und seine Minister waren während der ersten Tage nach der Bildung seiner Regierung nicht in Budapest, und administrative Anordnungen an das ungarische Volk wurden von den Kommandeuren der sowjetischen Truppen erlassen.

7. Als Nagy Ministerpräsident wurde, war er zunächst nicht in der Lage, die volle Macht dieses Amtes auszuüben. Erst als die Herrschaft der AVH durch den Sieg der Aufständischen gelockert wurde, konnte er eine unabhängige Position beziehen. Zu dieser Zeit lag die wirkliche Macht bei den Revolutions- und Arbeiterräten, die sich spontan in verschiedenen Teilen des Landes gebildet hatten und das zusammenbrechende Gefüge der Kommunistischen Partei ersetzten. Obwohl Nagy selbst Alt-

kommunist ist und viele Jahre in der UdSSR gelebt hatte, forderte er Nichtkommunisten auf, sich an seiner neuen Regierung zu beteiligen, und hörte auf Forderungen der verschiedenen Revolutions- und Arbeiterräte. Anscheinend war Nagy selbst, wie das Land insgesamt, durch die Schnelligkeit der Entwicklung etwas überrascht. Als er jedoch sah, daß seine Landsleute in ihren Wünschen nach anderen Regierungsformen und dem Abzug der Sowjettruppen einig waren, stellte er sich auf die Seite der Aufständischen. Durch dieses Verhalten löschte er den Eindruck aus, den er erweckt hatte, als er noch unter der Herrschaft der AVH stand, und wurde eine symbolische Gestalt im Aufstand, obwohl er ihn nicht selbst angestiftet hatte und nie sein tatsächlicher Führer war.

Freiheit und Einheit

8. Die wenigen Tage in Freiheit, deren sich das ungarische Volk erfreuen konnte, lieferten einen schlagenden Beweis dafür, daß es sich um einen Volksaufstand gehandelt hatte. Freie Presse und freier Rundfunk traten in ganz Ungarn ins Leben, und die Auflösung der AVH war das Signal für allgemeinen Jubel, der das Ausmaß der vom Volk erreichten Einheit demonstrierte, als einmal die Last der Angst von ihm genommen war.

9. In einer Anzahl von Fällen kam es durch die Massen zu Lynchakten und Prügeleien. Diese wurden fast immer auf die Mitglieder der AVH oder Leute beschränkt, von denen man annahm, daß sie mit ihr zusammengearbeitet hatten.

10. Von den Arbeiterräten wurden in dieser Zeit Schritte unternommen, um den Arbeitern eine wirkliche Kontrolle der verstaatlichten Industriebetriebe zu geben und unpopuläre Einrichtungen, wie die Produktionsnormen, abzuschaffen. Gegen diese wandte sich der Groll weiter Kreise, weil sie den Arbeitern gegenüber unfair waren und weil sie ein öffentlich gemutmaßtes geheimes Handelsabkommen mit der UdSSR widerspiegeln, von dem gesagt wurde, daß es zugunsten der Sowjetunion die ungarische Wirtschaft erheblich überfordere. In den Tagen der Freiheit, während mit den sowjetischen Stellen Verhandlungen über den Abzug der russischen Truppen geführt wurden, versuchte man, die Straßen Budapests zu räumen, und das Leben begann sich zu normalisieren. Die Aufständischen waren übereingekommen, sich unter Beibehaltung ihrer Aufgaben in einer Nationalgarde zusammenzuschließen, die zusammen mit Armee und Polizei für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich sein sollte.

Die wirkliche Konterrevolution

11. Im Gegensatz zu den Forderungen nach Wiederherstellung der während der Erhebung proklamierten politischen Rechte steht die Tatsache, daß die fundamentalen Menschenrechte des ungarischen Volkes vor dem 23. Oktober, besonders bis zum Herbst 1955, verletzt und daß solche Verletzungen vom 4. November ab erneut verübt wurden. Der Ausschuß ist davon überzeugt, daß man die zahlreichen Berichte von unmenschlicher Behandlung durch die AVH als wahr betrachten muß. Auf Grund der Beweisaufnahme ist er ebenfalls davon überzeugt, daß zahlreiche Ungarn, einschließlich einiger Frauen, in die Sowjetunion deportiert wurden und daß einige von ihnen möglicherweise nicht wieder in ihre Heimat zurückgeschafft worden sind. Diese Deportationen sollten das Rückgrad der Revolution brechen. Die vom ungarischen Volk in

seinem spontanen Aufstand ergriffenen Maßnahmen führten zu dem Erfolg, daß es für einige Tage von dem Apparat des Polizeiterrors befreit wurde. Dieser demokratische Erfolg eines geeinten Volkes war in der Tat von einer Art „Konterrevolution“ bedroht, und dieser unterlag es. Die „Konterrevolution“ bestand jedoch darin, daß Kadar und seine Kollegen durch die sowjetischen bewaffneten Streitkräfte eingesetzt wurden, und zwar in Opposition zu einer Regierung, die sich der überwältigenden Unterstützung des ungarischen Volkes erfreute.

12. Nach der zweiten sowjetischen Intervention am 4. November bestand kein Anzeichen für eine öffentliche Unterstützung der Regierung Kadar. Kadar hat nach und nach die meisten Punkte des Revolutionsprogramms fallengelassen, das er zuerst dem ungarischen Volk versprochen hatte. In der zentralen Frage des Rückzugs der sowjetischen Truppen entfernte er sich vom völligen Einverständnis mit den Wünschen der Nation bis zur Weigerung, die Angelegenheit unter den gegebenen Umständen überhaupt zu erörtern. In der Auseinandersetzung mit den Arbeitern hat er Schritt um Schritt deren Macht und die der Arbeiterräte zerstört. Auf Streikaktionen steht die Todesstrafe. Die gerichtlichen Verfahren wurden entstellt durch die Einrichtung von Sonderpolizei und Sondergerichten und durch die Mißachtung der Rechte der Angeklagten. Die Sozialdemokratische Partei wurde mit Gewalt liquidiert. Allgemeine Wahlen wurden um zwei Jahre verschoben. Schriftsteller und Intellektuelle werden Unterdrückungsmaßnahmen unterworfen. Die ungarischen Arbeiter haben kein Zeichen von Unterstützung für die Kadar-Regierung oder für die Aussicht auf dauernde Sowjetbesatzung gegeben. Nur ein kleiner Bruchteil der 190 000 meist jungen Ungarn, die aus dem Lande flohen, hat Kadars Einladung zur Rückkehr angenommen. Die Bauern haben Grund, Nagy für seine Haltung gegenüber der Kollektivisierung der Landwirtschaft und der Zwangsablieferung von landwirtschaftlichen Produkten dankbar zu sein.

13. Angesichts des Ausmaßes ausländischer Intervention war die Behandlung der ungarischen Frage durch die Vereinten Nationen juristisch korrekt, zumal sie von einer rechtmäßigen Regierung Ungarns beantragt worden war. In der Frage der Menschenrechte ist Ungarn besondere internationale Verpflichtungen im Friedensvertrag eingegangen. Der Ausschuß ist demgemäß nicht der Ansicht, daß Einwände auf Grund von § 7 des Art. 2 [Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates] der Charta in dem vorliegenden Fall zwingende Kraft haben. Eine massive bewaffnete Intervention durch eine Macht im Gebiet einer anderen mit der erklärten Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, muß nach der von den Sowjets selbst geprägten Definition des Begriffes der Aggression Anlaß zu internationaler Behandlung geben.“

Der Sinn des Berichts

Ein Kommentar der „Welt“ (21. 6. 57) faßte die Ergebnisse des Berichts in drei Punkten zusammen: „1. Der Aufstand in Ungarn war nicht das Werk faschistischer Verschwörer, sondern die Erhebung eines ganzen Volkes; 2. die Ziele der Revolution hatten nichts mit der reaktionär-feudalen Vergangenheit, um so mehr aber mit der demokratisch-freiheitlichen Zukunft des Landes gemein;

3. die Sowjetunion handelte bei der Niederwerfung der Revolution als konterrevolutionäre, imperialistische und reaktionäre Macht. . . Daß zu den neuen weltpolitischen Erkenntnissen das tapfere ungarische Volk seinen Blutzoll entrichtet hat, sollte der Bericht der Vereinten Nationen in Erinnerung bringen. Erst dann erfüllt er seinen Zweck.“ Aber genügen solche „Erinnerungen“ — wenn wir dabei vergessen, daß der Terror in Ungarn und daß die systematischen Anstrengungen des Weltkommunismus zur internationalen Machtergreifung weitergehen? „Völker der Welt“, hieß es in einer der zahlreichen Sendungen unbekannter ungarischer Freiheitssender, „vergeßt nicht, daß es in dem brutalen Ansturm der Sowjets keinen Halt gibt. Das nächste Opfer werdet ihr sein!“ Selbst wenn sich das „wirtschaftswunderliche Europa“ in Sicherheit wiegt und die kommunistische Wühlarbeit nicht ernst nimmt, so sollten wir wenigstens den Fernen Osten beobachten, wo Mao Tse-tung kürzlich offen den Justiz-

mord an 800 000 Chinesen zugab, wo die Pekinger Kommunistenzentrale durch den „Seelenfang“ (sprich: Bestechung und Drohung) der dreizehn Millionen Auslandschinesen Hinterindien und Indonesien aufzurollen beginnt und bereits den größten Teil der Presse Hongkongs, Bangkoks, Malayas und Borneos auf ihrer Seite hat, wo sich in Indien die erste kommunistische Regierung etabliert hat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 336 ff.) . . .

Ein Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ (22. 6. 57) schloß: „Der, zu dessen Lasten die Forderung ins Schuldbuch geschrieben ist, weiß es ohnedies — und was er auch für Zwischengeschäfte anbieten mag, sie stehen alle in einem Zusammenhang mit der alten Schuld und müssen dazu dienen, sie zu tilgen.“ Aber läßt sich die ungarische Schuld — ihrerseits nur ein Teil eines nun vierzig Jahre andauernden internationalen Kollektivverbrechens — jemals tilgen?

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Zur Aktion SOS-Ost

Angeregt durch Ihre Julinummer (S. 450), habe ich in einer Kanzelverkündigung auf die Aktion aufmerksam gemacht, sie im Unterricht besprochen und zur Hilfe aufgefordert. Die Gemeinde sollte die Gaben, in Papier verpackt, mit der Aufschrift SOS Ost und der gewünschten Nr. auf den Opferteller während der hl. Messe legen. Die übliche Kollekte sollte freilich dadurch keine Einbuße erleiden.

Mitte Juli überwies ich auf das angegebene Konto etwa 30.— DM. Warum tat ich das? Zunächst, um zu helfen. Aber dann auch, damit das Wort des Herrn vom ungerichten Mammon nicht einschlafe. Ich wollte das Gewissen meiner Leute anrühren. Von etwa 500 Kirchenbesuchern, — wir sind eine Diasporagemeinde im Industriegebiet — reagierten etwa 10% positiv. Die Zahl liegt aber in Wirklichkeit höher, wenn man bedenkt, daß zweifellos

in den Familien darüber gesprochen wurde. Ein Teil reagierte negativ, wie ich den Gesprächen mit den Leuten entnahm. Sie sagten: „Die Polen nehmen das Fahrrad usw. doch wieder weg.“ Also: Das Gewissen wurde beunruhigt. Und das ist gar sehr viel wert. Denn ich glaube, daß durch solche Aktionen der Materialismus immer noch am empfindlichsten getroffen wird. Mehr jedenfalls als auf einer Kundgebung, bei welcher mehr oder weniger erleuchtete Politiker Reden halten, alles Beifall spendet und man mit dem Gefühl nach Hause geht, etwas sehr Großes getan zu haben. Ich habe auch die Angaben aus der Augustnummer am 11. 8. bekanntgemacht und das Gesammelte wieder unter „Kath. Kirchengemeinde Westhefen“ überwiesen. Und so danke ich Ihnen noch für diese Aktion, die eine Aktion an den Seelen ist.

Westhefen/Westfalen

Vikar Konrad Thomas

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

HACKER, Joseph. *Die Auswirkungen des Ostkommuniondekretes Pius' X. in den deutschen Diözesangesang- und Gebetbüchern*. In: Liturgisches Jahrbuch Jhg. 7 Heft 2 (1957) S. 71—80.

Diese Untersuchung kommt zu der bemerkenswerten Feststellung, daß das Dekret von 1905 erst nach einem Vierteljahrhundert unter Einfluß der liturgischen Bewegung in einigen Diözesen die bis dahin vorherrschende geistige Kommunion durch die volle Teilnahme der Gläubigen an der hl. Messe ergänzte. Aber erst nach dem zweiten Weltkrieg vollzog sich in den Gebetbüchern die allgemeine Anwendung des Dekrets, ohne daß in einigen bayerischen Diözesen „die einseitige Herausstellung der geistigen Kommunion“ ausgestorben wäre. Es bedürfte auch nach 50 Jahren noch eines klugen und zähen Ringens um den von Pius X. gewiesenen neuen Weg.

HAMER, Jérôme, OP. *Apostolat des fidèles*. In: Revue des sciences philosophiques et théologiques. Tom. 41 Nr. 3 (Juli 1957) S. 552—567.

Im Rahmen des „Bulletin de Théologie dogmatique“ setzt sich der Studienleiter von Le Saulchoir mit bekannten Thesen von Karl Rahner SJ über das Apostolat der Laien auseinander, das durch die Situation in der

Welt bedingt sei, und fragt, warum man dieses Apostolat auf profane Aufgaben beschränke, es umfasse den ganzen Bereich des Glaubenszeugnisses. Für die kirchliche Tragweite des religiösen Lebens sei es von Bedeutung, zu erkennen, daß die erlösende Liebe nicht nur im Stand der evangelischen Räte, sondern auch im Gebrauch der weltlichen Güter in ihrer Fülle gelebt werden kann.

HERTLING, Ludwig, SJ. *Urkirchenromantik*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 82 Heft 11 (August 1957) S. 321—327.

Hertling weist an geschichtlichen Beispielen nach, daß die sehr gefährliche Meinung, die Urkirche sei die eigentlich hohe Zeit des Christentums, was folgt, sei Abstieg, nicht stimmt. Das gilt sowohl für die eigentliche Glaubenslehre wie für die kirchliche Organisation, die seelsorglichen Einrichtungen und die Liturgie.

LABBENS, Jean. *La pratique dominicale dans l'agglomération Lyonnaise*. In: Social Compass Vol. 4 Nr. 5/6 S. 213—233.

Eine sehr interessante, statistisch vorzüglich belegte Untersuchung über den sonntäglichen Messebesuch in Lyon. Als wichtiges Ergebnis soll nur genannt werden die Überzeugung des Untersuchenden, daß das innere Verhältnis des heutigen Menschen zur Kirche stärker ein kulturelles als ein soziales Phänomen ist. Die Linie des Bruches mit der Kirche deckt sich mit der Scheidelinie von höherer und elementarer oder technischer